

---

Die CDA Rhein- Sieg bereitete sich in einer Kreismitgliederversammlung und dem politischen Forum "Königswinterer Runde" auf die Bundestagung der CDU Arbeitnehmerorganisation Mitte Mai in Essen vor.

In der Kreismitgliederversammlung wurden u.a. Delegierte für die CDA Bundestagung gewählt und politische Positionen für die Debatte auf Bundesebene festgezurt.

Dabei spielte die Auseinandersetzung mit der „Frydays for future“ Bewegung eben so eine Rolle, wie die Diskussion über die Grundrente und die Europawahl.

CDA Kreisvorsitzende Doris Leven betonte, dass ein lebensfähiger Planet für die CDA ebenfalls von zentraler Bedeutung sei.

Der 1. stellvertretende CDA Bundesvorsitzende Christian Bäumler forderte die Beteiligung der Arbeitnehmer an der Digitalisierung der Arbeitswelt und dem Ausstieg aus den fossilen Energieträgern. Klimaschutz müsse sozial gestaltet werden.

Der ehemalige Staatssekretär Heribert Scharrenbroich wandte sich gegen Bestrebungen der CDU, der Umwelthilfe und Campact, die Gemeinzigigkeit zu entziehen. Die Zivilgesellschaft müsse handlungsfähig bleiben.

In der Königswinter Runde , die ein regelmäßiges Diskussionsforum mit Mitgliedern aus derzeit 20 CDA Kreis/Bezirksverbänden ist und von der CDA Rhein-Sieg-Kreis organisiert wird, wurde anschließend eine gemeinsame „Königswinterer Erklärung“ verabschiedet ( s. Textende )

---

## Bei den Delegiertenwahlen wurden gewählt:

zur **CDA Bundestagung**: Anna Diegeler-Mai ( Siegburg), Andreas Schmidt ( Lohmar), Heribert Scharrenbroich ( Sankt Augustin ) und Anne Lenz-Söntgerath ( Much )

Waltraud Dahs ( Königswinter ), Dirk Beutel ( Sankt Augustin ) und Doris Leven ( Königswinter) wurden bereits auf der CDA Landestagung als Delegierte gewählt

zum **CDU Kreisparteitag**: Doris Leven ( Königswinter ) und Andreas Schmidt ( Lohmar )

zur **CDU Kreisparteikonferenz**: Christoph Fievét ( Wachtberg )

---

## Königswinterer Erklärung vom 12.04.2019

### **Wir fordern:**

#### **Arbeit:**

#### **I. Bundes- und Landesregierungen müssen die Veränderungen in der Industrie, den Dienstleistungen und dem Verkehr aktiv begleiten.**

Die Transformation der Wirtschaft und des Öffentlichen Dienstes durch Digitalisierung und Klimaschutz darf nicht zur Rechtfertigung für den Abbau von Arbeitsplätzen und Arbeitnehmerrechten missbraucht werden:

Der Arbeitsschutz im Arbeitszeitrecht darf nicht zum Nachteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abgebaut werden.

Dem Bedürfnis der ArbeitnehmerInnen nach flexiblen Arbeitszeiten muss durch Tarifverträge und betriebliche Vereinbarungen Rechnung getragen werden.

Die Arbeitnehmerrechte und die Sozialversicherungspflicht müssen auf Mitarbeiter digitaler Plattformen ausgeweitet werden.

Die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen muss immer möglich sein, wenn es das Allgemeinwohl erfordert.

Die Mitbestimmung der Betriebs- und Personalräte bei der Weiterbildung muss durch Initiativ- und Beteiligungsrechte gestärkt werden.

Transformationsprozesse infolge von Digitalisierung oder Klimaschutz müssen durch Tarifverträge, angepasste Arbeitszeiten und ein Fortbildungs-Kurzarbeitergeld von ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen gemeinsam gestaltet werden.

#### **Rente:**

II. Die Rente muss die Lebensleistung von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen anerkennen:

Die Rente von ArbeitnehmerInnen, die jahrzehntelang gearbeitet, Kinder erzogen, Angehörige gepflegt haben, muss deutlich oberhalb der Grundsicherung im Alter liegen.

Eine Bedürftigkeitsprüfung, wie beim Arbeitslosengeld II, darf es bei langjährig Versicherten **nicht** geben.

ArbeitnehmerInnen, die 45 Beitragsjahre aufweisen können, müssen unabhängig vom Lebensalter, ohne Abschläge in Rente gehen können.

Eine Erhöhung des Renteneintrittsalters lehnen wir ab.

---

**Europa:**

III. Europa muss sich zwischen den USA und China behaupten und den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen Schutz vor Lohn- und Sozialdumping bieten:

Die Europäische Union muss Dumpingpreisen und Firmenübernahmen in Schlüsselsektoren und -technologien konsequent entgegenreten.

Die Europäische Union muss in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern europaweit Mindestarbeitsbedingungen durchsetzen.

Die Europäische Union und die Mitgliedsstaaten müssen die Sozialpartnerschaft stärken und die Mitbestimmungsrechte von ArbeitnehmerInnen sichern.

*Doris Leven  
CDA Rhein-Sieg-Kreis*

---

**Anmerkung Dieter Schillgalies,  
CDA-Repräsentant der CDU-Much:**

*für uns Mucher ist insbesondere interessant:*

**Bei den Delegiertenwahlen wurden gewählt:**

zur **CDA Bundestagung**: Anna Diegeler-Mai ( Siegburg), Andreas Schmidt ( Lohmar), Heribert Scharrenbroich ( Sankt Augustin ) und **Anne Lenz-Söntgerath ( Much )**

*Die Königswinterer Erklärung kann ich **bis** auf den Satz: Eine Bedürftigkeitsprüfung, wie beim Arbeitslosengeld II, darf es bei langjährig Versicherten **nicht** geben.“ unterschreiben, wobei dieser Satz m.E. etwas irreführend ist. Eine so detaillierte Prüfung wie beim Arbeitslosengeld II will ich auch nicht; aber eine **einfache** Prüfung sollte trotzdem durchgeführt werden, damit z.B. die Ehegattin des Zahnarztes, die als Halbtagskraft in der Praxis ihres Mannes mitarbeitet (hat sie es tatsächlich getan?), nicht genauso gestellt wird, wie eine „normale“ Frau, die tatsächlich für wenig Geld immer arbeiten musste.*